

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	26.09.03

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 25.09.2003

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Klaus Jürgen Reese ,

von der CDU-Fraktion

Herr Ralf Geisendörfer, Herr Hans-Herbert Grimm, Herr Horst Hombrecher, Herr Stefan Kleusch, Frau Barbara Weis (ab 16.20 Uhr, TOP 2.),

von der SPD-Fraktion

Herr Bernd Dillbohner , Herr Matthias Dohmen , Herr Andreas Mucke , Herr Oliver-Siegfried Wagner ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke ,

als sachkundige Einwohner

Herr Theo Beer , Herr Eckhard Idelberger , Herr Christian Limbach ,

von der Verwaltung

Herr Thomas Uebrick (GBL 1.2), Frau Sylvia Hübler (R 403), Herr Ulrich Kronenberg (R 103), Herr Patric Mertins (R 104), Frau Henrike Mölleken (R 106), Herr Götz Pippert (R 101), Herr Erwin Rothgang (R 106),

als Gast

Herr Winfried Arenz , Herr Gunnar Dönges , Herr Oliver Zier ,

Schriftführerin

Frau Petra Paßmann ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:20 Uhr

I. Öffentlicher Teil

0 Zur Tagesordnung

Herr Stv. Hombrecher berichtet, dass er die Verwaltung gebeten habe, auch den seinerzeit im Verfahren involvierten Stadtentwicklungsausschuss über die Ergebnisse des Werkstattverfahrens Haus der Jugend zu berichten.

Herr Beig. Uebrick kündigt eine Information im nichtöffentlichen Sitzungsteil über eine dringende Grundstücksangelegenheit an.

Es besteht Einvernehmen, die Punkte im Anschluss an den öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Beratungsteil zu behandeln. Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

1 Ausstellung "Stadthaus - im Zentrum zu Hause" Vorlage: VO/1873/03

Nach **Herrn Stv. Bahr** vorliegenden Informationen „holen“ die Stadtparkasse bzw. die LBS die Wanderausstellung nach Wuppertal. Er gehe davon aus, dass daher alle Fraktionen den Antrag mittragen werden.

Herr Stv. Grimm vertritt die Auffassung, dass dies kein originäres Thema des Stadtentwicklungsausschusses sei, vielmehr solle man die Angelegenheit der Stadtparkasse überlassen. Die CDU-Fraktion beantrage daher „Nichtbefassung“, gerade auch im Hinblick darauf, dass entsprechende Aktivitäten geplant seien.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.09.03 (Antrag der CDU-Fraktion auf Nichtbefassung):

Ablehnung(bei Stimmengleichheit).

--

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.09.03:

1. Die LBS-Wanderausstellung "Stadthaus - im Zentrum zu Hause" wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Wuppertal geholt.
2. Die Verwaltung wird gebeten, Gespräche mit der Stadtparkasse zu führen mit dem Ziel, die Ausstellung in der Zentrale der Stadtparkasse am Islandufer zu zeigen.
3. Die Stadtverwaltung bittet die Stadtparkasse, möglichst vollständig die Ausstellungskosten (Transport, Auf- und Abbau, Informationsmaterial etc.) der Wanderausstellung zu übernehmen.

Stimmenmehrheit (bei zwei Gegenstimmen der CDU-Fraktion, drei Mitglieder der CDU-Fraktion haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt).

**2 Planung von Gewerbegebieten in Wuppertal gezielt vorantreiben
städtisches Leitbild ernst nehmen - Flächenverbrauch nachhaltig verringern
Vorlage: VO/1805/03**

Herr Stv. Bahr erinnert an die schon im Frühjahr durch die Verwaltung angekündigten Gesamtkonzeption hinsichtlich der Gewerbeflächen. Die Punkte 1. – 3. des Antrages sollen dazu dienen, das Thema nunmehr gezielter anzugehen.

Der schon provokative Punkt 4. zielt auf die Gremienarbeit. Er habe den Eindruck, dass die Gewerbepolitik auch hier nur eine Nebenrolle spiele. Durch eine Umbenennung des Ausschusses - ab der nächsten Legislaturperiode - könne ein Signal gesetzt werden.

Herr Stv. Mucke kann die Intention der Punkte 1. –3. nur unterstützen. Punkt 4. werde seine Fraktion allerdings ablehnen.

Herr Beer sieht im Flächennutzungsplan (FNP) das Instrument, das mit einer Ausrichtung auf einen Zeitraum von rund 15 Jahren alle Facetten (Gewerbe, Wohnen, Landwirtschaft usw.) abdecke. Er halte die Erarbeitung unterschiedlichster einzelner Konzepte für weniger wirkungsvoll.

Unter Hinweis auf die umfangreiche Anfrage im Rat zu diesem Themenkomplex, den Überlegungen zum strategischen Flächenmanagement und den FNP warnt **Herr Beig. Uebrick** vor einem „Aktionismus“, der zudem Zeitressourcen binde. Er rate dazu abzuwarten.

Herr Stv. Bahr macht deutlich, dass auch ein Gesamtkonzept „Gewerbeflächen“ keine inhaltlichen Aussagen z. B. zu den drei großen zur Zeit diskutierten Gewerbeflächen enthalte. Insofern korrespondiere beispielsweise Punkt 3. des Antrages eben nicht mit dem FNP.

Er habe gehofft, dass die Fragen seiner Fraktion bereits beantwortet seien und insofern über den Antrag heute hätte entschieden werden könne. Da dies nicht der Fall sei schlage er vor, eine Entscheidung zur nächsten Sitzung des Ausschusses zurückzustellen.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.09.2003:

Beratung und Entscheidung werden zurückgestellt. Der Top ist für die nächste Sitzung des Ausschusses vorzusehen.

Einstimmigkeit.

3 Wuppertaler Modell eines "Strategischen Flächenmanagements"
Vorlage: VO/1966/03

Herr Stv. Bahr dankt zunächst für den Bericht. Seiner Auffassung nach reduziere sich ein strategisches Flächenmanagement aber nicht auf das digitale Anbieten von Flächen auf dem Markt. Seiner Meinung nach müssten sowohl das Flächenmanagement als auch das **strategische** Element deutlicher betont werden. Es gehe darum Einfluss zu nehmen, an welcher Stelle welche Fläche ausgewiesen werde und darum, wie sie am Markt angeboten werde. Seine Fraktion werde auf Grundlage des heute vorliegenden Berichtes überlegen, wie man auf diesem Wege weiterkommen könne.

Für **Herrn Stv. Henke** ist ein strategischer Umgang mit Flächen ein wesentliches Anliegen. Er sehe mit dem Bericht einen Einstieg.

Aus Sicht der Umweltverbände beurteilt **Herr Limbach** insbesondere die in der Schlussbemerkung erwähnten Themen Brachflächen, Wohnungsleerstände und Einwohnerschwind als besonders wichtig.

Ihn interessiere in diesem Zusammenhang, ob sich die Stadt Wuppertal am Baulandforum beteilige. Besonders sinnvoll schätze er eine interkommunale Kooperation der Flächenpolitik ein, die den Flächenverbrauch reduzieren könne.

Herr Beig. Uebrick informiert, dass die Stadt Wuppertal nicht Mitglied im Baulandforum sei, die Entwicklung aber beobachte und sich eine entsprechende Option offen halte.

Herr Stv. Reese fasst zusammen, dass hier letztlich keine „neuen“ Themen diskutiert würden. Alle diese Punkte (wie beispielsweise eine notwendige übergreifende Landes- und Regionalplanung, wie beispielsweise das Thema „Reaktivierung innerstädtischer Brachflächen“ und andere bereits angesprochene Probleme) lassen es angezeigt sein, das Thema „strategisches Flächenmanagement“ verstärkt zu verfolgen und sich über die Zusammenhänge Gedanken zu machen. Ein wesentlicher Punkt der Stadtentwicklung sei die Frage, wie man mit Flächen umgehe bzw. wie man vorhandene Flächen manage, dies sowohl in Richtung Neunutzung aber auch zur Unterstützung städtebaulicher Entwicklungen.

Er zeige sich überzeugt, dass hier kein Dissens zwischen Verwaltung und Fraktionen bestehe.

Der Bericht der Verwaltung zum strategischen Flächenmanagement wird ohne Beschluss entgegen genommen.

4 Aufhebung von Stellplatzverzichtssatzungen
Vorlage: VO/1461/03

Herr Stv. Mucke kann die Argumentation im Prinzip nachvollziehen. Ihn interessiere aber, ob auch künftig Kleingewerbetreibende, Existenzgründer oder soziale Einrichtungen durch einen Verzicht auf die Ablösesumme unterstützt werden können.

Herr Beig Uebrick erklärt, dass die aktuell nachgewiesenen Stellplätze (abgelöste bzw. ablösefreie Stellplätze) bei einer erforderlichen Neuausweisung angerechnet werden.

In besonderen Fällen werde sich die Verwaltung sich um flexible Lösungen (Stundungen, Ratenzahlungen) bemühen, um existenzbedrohende wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden.

Herr Beer erinnert daran, dass die Verzichtssatzungen in den 90´er Jahren bewusst eingesetzt wurden, um Investitionen zu fördern. Er frage sich, ob die Stadt Wuppertal nach der Änderung der Landesbauordnung die schon bestehenden Satzungen aufheben müsse. Dies halte er für investitionshemmend und rege eine entsprechende rechtliche Prüfung an. So gebe es seines Wissens im Bereich der Bebauungspläne durchaus Übergangsregelungen.

Herr Beig Uebrick macht deutlich, dass die neue Landesbauordnung als höher-rangiges Recht einen Verzicht auf Ablösebeträge nicht mehr zulasse und die Satzungen insofern anzupassen seien. Eine Übergangsklausel existiere nicht. Eine Prüfung habe ergeben, dass diese Rechtslage verbindlich sei. Im Vergleich zu den Bebauungsplänen handele es sich um eine andere rechtliche Situation.

Herr Stv. Hombrecher ergänzt, dass Stellplatzverzichtssatzungen auch zu Fehlentwicklungen führen können.

Herr Stv. Henke hält es für sinnvoll, für die unterschiedlichen Bereiche des Stadtgebietes unterschiedliche Ablösesummen vorzusehen.

Herr Stv. Reese möchte dieses separate Thema auch separat behandelt wissen. Insofern seien ggf. Anträge zu einem späteren Zeitpunkt einzubringen.

Herr Stv. Grimm bittet darum, den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses die Stellplatzablösesatzung zur Verfügung zu stellen.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.09.2003:

Der Rat der Stadt beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzungen zum Verzicht auf die Herstellung von Stellplätzen gemäß Textanlage 1

Einstimmigkeit.

5

Landschaftsplan Nord - Zwischenbericht **Vorlage: VO/1918/03**

Herr Rothgang berichtet von dem gestern tagenden Umweltausschuss, der unter Kritik an möglichen Einengungen der Flächennutzung den Zwischenbericht ohne Beschluss entgegen genommen habe.

Des weiteren informiert er über ein Gespräch mit den Fraktionen, in dem die Abläufe FNP und Landschaftsplan dargelegt worden seien. Die Verwaltung werde die Behandlung der Bedenken/Anregungen im Januar/Februar den Gremien zur Entscheidung vorlegen. Die Diskussion im Umweltausschuss werde entsprechend einbezogen.

Unter Hinweis auf die Formulierungen in der Beschlussqualität und dem eigentlichen Beschlussvorschlag kritisiert **Herr Stv. Grimm** die fehlende

einheitliche Sprachregelung.

Der Zwischenbericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

6 Wupperabgang Islandufer
Vorlage: VO/2002/03

Herr Beer hält angesichts der Laufkundschaft von Stadtparkasse und IHK die Kurzzeitparkplätze am Wupperufer für unverzichtbar.

Herr Stv. Geisendörfer kann die Vorbehalte bezogen auf die Parkplätze nachvollziehen, handele es sich hier um ein Einbahnstraße mit ausreichendem Platzangebot. Unabhängig davon begrüße er die vorgelegten Planungen.

Herr Stv. Henke zeigt sich angesichts der hier vorgestellten Ideen erfreut. Er sehe die Parkplatzsituation in diesem Bereich als nicht so dramatisch an und begrüße im Gegenteil, dass die Wupper endlich erlebbar gemacht werde. Möglicherweise gestalte sich die Kostensituation durch einen Verzicht auf die aufwändige Kragarm-Lösung günstiger.

Herr Stv. Hombrecher beurteilt die Vorschläge als sehr interessant, gleichwohl sollten die Anregungen von Herrn Beer in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Auch seine Fraktion gehe davon aus, dass ein Verzicht auf Kragbauwerke wirtschaftlicher sei.

Herr Stv. Mucke zeigt sich sehr erfreut, dass das Thema „Lebensader Wupper“ an so „prominenter“ Stelle Realisierungsmöglichkeiten habe. Angesichts des benachbarten Parkhauses und des nahe gelegenen Parkplatzes beurteile er die Parkplatzsituation ebenfalls als relativ unproblematisch.

Die Zwischeninformation der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

7 Haus der Jugend - Ergebnisse des Werkstattverfahrens

Herr Beig. Uebrick erläutert die Ergebnisse des Werkstattverfahrens anhand der ausgehängten Pläne. Die wesentliche Änderung gegenüber den ursprünglich diskutierten Plänen bestehe in der Erschließung des Gebäudes über eine Ellipse hinter der Fassade. Diese befinde sich im linken Seitenflügel im sog. „Kulturforum“ und werde sichtbar durch eine Überhöhung. Hierfür müsse die Bibliothek um eine Etage aufgestockt werden.

Das Ergebnis wurde in einem Werkstattverfahren unter Einbeziehung aller Nutzer erarbeitet und werde von allen Beteiligten - auch den Denkmalschützern - mitgetragen.

Zu klären sei noch die Frage der Mehrkosten von ca. 10 - 15 % für die Baumaß-

nahme. Mit dem Land seien Gespräche hinsichtlich der Fördermittel zu führen. Bezogen auf eine mögliche Verschiebung der Mittel werde das Steuerungs-gremium einzubeziehen sein.

Die Ausführungen werden ohne Beschluss entgegen genommen.

Für die Richtigkeit, unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Sitzungsniederschrift:

Paßmann
Schriftführerin